

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Hermann Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Riesa 1580.
Strotzler:
Riesa Nr. 52.

Nr. 258.

Mittwoch, 5. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Schriftgröße (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getrauenber und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bezahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gottschalk Nr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die erste Etappe der Finanzreform.

Schon einmal, bei der ersten Sanierungsvorlage im Frühommer d. J. hat der Reichskanzler das Forum des Reichsrates gewählt, um der Öffentlichkeit den Ernst der Stunde klar zu machen. Damals ging es nur darum, das Gleichgewicht im Etat zu sichern, jetzt geht es um mehr, um eine Reform an Haupt und Gliedern, die auf Jahre hinaus die öffentlichen Finanzen in Deutschland ordnen und auf eine sichere Grundlage stellen soll. Aber selbst dieses große Werk ist nur eine erste Etappe, weil hinter ihr neue Aufgaben der Lösung harren, die damit untrennbar verbunden sind, vor allem die Reform der Arbeitslosenversicherung und eine Reichsreform, die den Apparat der öffentlichen Verwaltung auf das Maß beschränkt, das die Forderung der Gegenwart und der nächsten Zukunft erfordert.

Das die Einbringung der Finanzvorlagen im Reichszat tatsächlich ein historischer Akt ersten Ranges war, zeigte nicht nur die Anwesenheit des Kanzlers, der mit dem Finanzminister, dem Arbeitsminister und dem Minister des Auswärtigen erschienen war, nicht nur die Teilnahme der Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder, an ihrer Spitze die Herren Braun und Feld, sondern auch das starke Interesse der Abgeordneten des Reichstages, darunter des Präsidenten Loh, und der Presse als der Vertreter der öffentlichen Meinung. Herr Brüning zeigte in seiner Rede die Grundgedanken an, von denen sich die Regierung bei der Ausarbeitung ihres Gesetzgebungswerkes leiten ließ. Zuerst liegt für sie im Vordergrund die Überwindung der Vertrauenskrise, die, nicht erst seit dem 14. September, weite Gebiete der Wirtschaft erfasst und die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland verschärft hat, und die Herstellung einer finanziellen Ordnung, die es ermöglicht, die mit dem Youngplan errungene Freiheit von ausländischen Kontrollen zu sichern und für den Kampf um die Revision dieses Planes, der doch einmal kommen muß, die Grundlage zu schaffen. In diesem Sinne ist die Finanzreform in der Tat eine Voraussetzung erster Art für die auswärtige Politik, weil es undenkbar ist, daß jemals ein Schritt der Reichsregierung zur Erleichterung der Reparationslast ernst genommen werden könnte oder gar Erfolg hätte, wenn er auf dem Hintergrunde einer unstillen Finanzwirtschaft und einer bis in den Kern erschütterten Wirtschaft unternommen würde. Der Zwang zum raschen Handeln, der sich aus diesen Zusammenhängen ergibt, wird heute nahezu von der ganzen öffentlichen Meinung anerkannt. Und darin liegt ein starkes Motivum auf der Seite der Regierung, wenn sie die Forderung stellt in der Hand behält. Eine andere Frage ist, ob die Konstruktion des Gebäudes, das sie errichten will, fehlerlos ist, ob sie durchgängig den Forderungen sozialer Gerechtigkeit entspricht und die Lasten so verteilt, daß sie zu allem andern, was das Gemüt der Nation bedrückt, ertragen werden können.

Das das Programm in einer Steuerentlastung gipfelt, — es sollen, wie man weiß, zunächst die Realsteuern um etwa 400 Millionen ermäßigt werden —, dient nicht gerade zu seiner Empfehlung, weil Steuerentlastungen in der Vergangenheit so oft versprochen und nicht verwirklicht worden sind, daß neue Versicherungen heute in weiten Kreisen ungläubigen Lächeln begegnen werden. Immerhin ist die Steuerentlastung im Plane des Herrn Dietrich, des Finanzministers, nur einer der tragenden Pfeiler, und sie ist auch in ihrem Umfang so schmal bemessen, daß man an ihre Durchführbarkeit glauben möchte, wenn nur ein harter Wille durch die Verabschiedung der Gesamtreform dafür die Voraussetzung schafft. Die Vorschläge der Regierung sind ja ein einheitliches Ganzes, wie der Kanzler sagte, und in der Tat kann ihnen bei aller Kritik im einzelnen, das Zeugnis nicht verweigert werden, daß sie auf Forderungen verzichten und in sinnvoller Gliederung eine Gesamtlösung anstreben. Ausgangspunkt ist ein allgemeiner Spargrundsatz, der für alle öffentlichen Körperschaften des Reichs auf Jahre hinaus mit zwingender Gesetzeskraft gelten soll: das „Plafondgesetz“ soll die Ausgaben im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden für drei Jahre auf den Stand von 1931 begrenzen und vorschreiben, daß jede Mehreinnahme nicht für Mehrausgaben, sondern zur Steuerentlastung verwendet werden soll. Im Reichsetat für 1931 wird mit der Ausgabenentlastung um 1,1 Milliarden Reichsmark den andern öffentlichen Körperschaften ein Vorbild gegeben, gleichzeitig sucht das Reich durch unmittelbaren Druck — Besoldungsstärkung, Senkung der Ueberweisungsteuer usw. — die Länder und Gemeinden zu sparsamen Haushalten anzuweisen. Schon in den Vorberedungen mit den Landesregierungen, die in den letzten Wochen stattgefunden, mußte allerdings die Reichsregierung erkennen, daß gerade die wichtigsten Elemente ihres Planes zugleich auch die umstrittensten sind. Nebenbei alle Länder sträubten sich dagegen, ihre Anteile an den Ueberweisungsteuern fügen zu lassen, weil sie glauben, trotz der Entlastung, die ihnen die Besoldungsstärkung bringt, diese Mittel für sich und für ihre Gemeinden vor allem wegen der wachsenden Wohlfahrtslasten dringend zu benötigen. Das Reich berechnet die Entlastung, die den Ländern und Gemeinden aus der 6 prozentigen Besoldungsstärkung erwächst, auf etwa 270 Millionen, es will aber nicht diesen ganzen Betrag bei den Ueberweisungen abgeben, sondern nur 170 Millionen. Aber auch das ist den Ländern unzulänglich, und so steht man voraus, daß in den nächsten Wochen um diese Streitfrage ein hartnäckiger Kampf zwischen ihnen und dem Reich ausgefochten werden wird. Nebenbei gilt für den Vorschlag des Reiches, die

Do X gestartet.



Führer des Do X auf seinem Amerika-Fluge.

Kommandant Erikhansen (rechts) und die beiden Piloten, Wenz (links) und der Amerikaner Schildhauer (Mitte).

Altenrhein. (Funkpruch.) Das Flugschiff Do. X ist um 11 Uhr 31 vorm. gestartet und nahm zunächst Kurs auf Friedrichshafen. Ueber der Stadt zog es eine Schleiße und legte dann seinen Flug in Richtung Konstanz fort. Die Flugroute wird sein: Konstanz, Basel, voraussichtlich Karlsruhe rheinabwärts. Der Flug nach Amsterdam wird ohne Unterbrechung durchgeführt.

Vor dem Start des Do X.

Altenrhein. (Funkpruch.) Nach den letzten Mittelungen der Dornier-Werke von 10.40 Uhr rechnete man mit ziemlicher Sicherheit damit, den Start des Do. X nach Amsterdam noch heute vormittag durchführen zu können. Die Besatzung des Flugschiffes trat heute morgen 4 Uhr bereits an. Um 8 Uhr morgens wurde das Flugschiff aus der Halle auf den See überführt. In Altenrhein sind nur wenige Zuschauer, dagegen zahlreiche Pressevertreter und Filmleute versammelt, um den bedeutungsvollen Augenblick, an dem das Flugschiff den Boden verlassen wird, beobachten zu können. Der leitende Ingenieur Eitel wird auf dem Flug durch die beiden amerikanischen Spezialisten für die Curtis-Conqueror-Motore, die Ingenieure Bremton und Goby unterstützt werden. Diese beiden Ingenieure

haben die zwei Curtis-Motore von Amerika herübergebracht, deren Einbau überwacht und die Motoren auf den Werk- und Probeflägen eingehend kontrolliert. 10.40 Uhr vormittags befand sich die gesamte Besatzung an Bord des Flugschiffes. Der Erbauer Dr. Claudius Dornier, der zur Zeit in Berlin weilt, wird nach dem Start von Berlin nach Amsterdam reisen und den Flug des Do. X von Amsterdam nach Le Havre überwachen, während sein Bruder Maurice Dornier den Flug erst von Lissabon aus mitmacht. — Passagiere nehmen an dem Ueberflugsflug nach Amsterdamm nicht teil.

Die Besatzung des Do X.

Altenrhein. (Funkpruch.) Die Besatzung des Flugschiffes Do. X besteht aus 12 Mann, den Kommandanten, 2 Piloten, je einem Navigations- und Funkoffizier, dem leitenden Ingenieur und 6 Bordmonteuren. Zur Erfüllung besonderer Aufgaben auf einzelnen Flugstrecken wird die Besatzung verstärkt werden. Kommandant ist Kapitän Erikhansen, die beiden Piloten sind Jna. Wenz aus Ritten in Sachsen und der Deutsch-Amerikaner Schildhauer von der Marine der Vereinigten Staaten. Die Navigation wird ausgeübt durch den Schiffsoffizier Niemann, Funkoffizier Eitel und der leitende Jna. Eitel, sowie die 6 Bordmonteure vervollständigen die Besatzung.

Das Finanzprogramm geht den parlamentarischen Weg.

Keine Notverordnungen vor dem Zusammentritt des Reichstages.

Berlin. In politischen Kreisen ist besonders vermerkt worden, daß der Reichskanzler in seiner Rede vom Reichsrat mit besonderem Nachdruck verlangt hat, daß das Regierungsprogramm innerhalb einer Frist von 14 Tagen durchgeführt werde. An diese Forderung nach Beschleunigung der Arbeiten wird von einigen Berliner Abendblättern der Opposition die Vermutung geknüpft, der Kanzler beabsichtige, eine Reihe von Vorlagen bereits vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages durch Notverordnung in Kraft zu setzen, um es dann dem Reichstag zu überlassen, eine Mehrheit für die Aufhebung der Verordnung zusammen zu bringen. Ein Blatt will sogar wissen, daß man dabei an die Vorlagen über die Trennung der Arbeitslosenversicherung vom Etat, an die Vorlagen über die Tabaksteuer und über die Kürzung der Beamtengehälter denke.

Richtig ist an dieser Vermutung nur, daß ähnliche Gesetzentwürfe kürzlich in politischen Kreisen erörtert wurden. Der Kanzler hat aber die Absicht, die Vorlagen unter allen Umständen an den Reichstag zu bringen. Sein Drän-

gen auf Beschleunigung hat gerade darin seinen Grund. Die Reichstagsfraktionen haben häufig darüber geklagt, daß ihnen wichtige Gesetzsvorlagen zu spät zugehen. Da der Reichstag nun am 8. Dezember zusammentritt, würden seine Ausschüsse auch nur etwa 14 Tage zur Verfügung haben, wenn der Reichsrat, der Forderung des Kanzlers entsprechend, seine Beratungen über die Finanzvorlagen bis ungefähr zum 20. November beendet. Das möglichste Beschleunigung geboten ist, ergibt sich auch schon allein aus der Tatsache, daß das Finanzprogramm allgemein als die Basis für eine Besserung der Wirtschaftslage betrachtet wird. Deshalb rechnet man in politischen Kreisen auch damit, daß die Verhandlungen des Reichstages ebenfalls sehr schnell konstaten gehen werden, zumal der Schwerpunkt bei ihm in der Arbeit der Ausschüsse liegt. Nach dem ausgetretenen Eindruck, den die Rede des Kanzlers in politischen Kreisen gemacht hat, beurteilt man übrigens die parlamentarischen Rechtsverhältnisse recht günstig.

Mittel für die Senkung der Realsteuern dadurch zu gewinnen, daß von dem bisher für den Wohnungsbau bestimmten Teil der Hauszinssteuer die Hälfte, 400 Millionen, ihrem bisherigen Zwecke entzogen und den Ländern und Gemeinden für allgemeine Finanzzwecke zugeführt werden soll. Die starken Bedenken, die auch in der Öffentlichkeit gegen eine so weitgreifende Neuordnung erhoben wurden, wird auch die Reichsregierung nicht beiseite schieben können, wenngleich sie für sich geltend machen kann, daß in der Tat die planlose Fortleitung der bisherigen Wohnungsbaupolitik mit öffentlichen Mitteln in einigen Jahren zu gefährlichen Konsequenzen führen kann.

Daß im Reichsrat nach der Rede des Kanzlers der Beifall nur spärlich war, braucht kein Symptom für die Ausrichtung des Reformwerkes zu sein. Wenn Dr. Brüning vom Reichsrat die Verabschiedung der Vorlagen binnen 14 Tagen verlangte, so findet er dafür sicher den Beifall der öffentlichen Meinung, weil jetzt wirklich keine Zeit mehr zu verlieren ist. Auch wenn nicht alle Vorschläge der Regierung durchgehen, darf sie doch hoffen, daß der Reichsrat durch schnelle Verabschiedung des Ganzen dem Reichstag ein Vorbild geben werde.